

Citation style

Decker, Frank : recension de : Tom Thieme, Monarchien. Auslauf- oder Zukunftsmodell politischer Ordnungen im 21. Jahrhundert?, Baden-Baden : Nomos, 2017, dans : Neue Politische Literatur, 63 (2018), 3, p. 523-525, DOI: 10.15463/rec.2010543685

neue politische literatur

Berichte aus Geschichts- und Politikwissenschaft

copyright

This article may be downloaded and/or used within the private copying exemption. Any further use without permission of the rights owner shall be subject to legal licences (§§ 44a-63a UrhG / German Copyright Act).

Regimes während der amerikanisch-britischen Besatzung 2003 etablierte keinen Rechtsstaat. Der Regimewechsel zu einer schiitischen Mehrheit wird belastet durch die schwere politische Hypothek, die sich aus der dysfunktionalen Dreiteilung der schiitisch-kurdisch-sunnitischen Ämterstruktur ergibt, und droht, in der neuen Konstellation „das irakische Muster eines gegen die Gesellschaft kriegführenden Staates“ (S. 70) wieder aufzunehmen.

In Syrien steht die sunnitische Bevölkerungsmehrheit einer markanten konfessionellen Vielfalt gegenüber. Das Scheitern des politischen Panarabismus und die Kolonisierung des ohnehin von Minderheitengruppen stark geprägten Militärs durch Alawiten, die Machtkonzentration im Assad-Clan, die geopolitisch motivierte Unterstützung der Islamischen Republik Iran, das Massaker beim Niederschlagen des sunnitischen Aufstands 1982 in Hama, führte, so legt der Autor nahe, zu einer nachhaltigen Entfremdung der Sunniten vom Regime. Diese konnte auch von der Politik des syrischen Staatsislams (S. 84) nicht aufgefangen werden. Die Konfessionalisierung der sich seit 2012 fast über das ganze Land ausbreitenden strukturellen Gewalt, erscheint aber nicht als zwingende Folge dieser Entwicklung, sondern wurde begünstigt durch das bewusste Agieren des Assad-Regimes und seiner arabischen Gegner.

Dass einige Details und die Gewichtung einzelner Gesichtspunkte eingehender diskutiert werden müssten, und dass der durchgängige politische Mechanismus, die Zugänge zur Macht in Clans zu monopolisieren, mehr Aufmerksamkeit verdient, tut der insgesamt überzeugend vorgetragenen und anregenden Darstellung keinen Abbruch. Politische Konsequenzen sind allerdings schwer zu benennen. Das vom Autor zu Recht hervorgehobene Kalkül des Assad-Regimes, der Kampf gegen den IS würde

es legitimieren und die wichtigen internationalen Akteure von seiner Unersetzbarkeit überzeugen, ist zunächst aufgegangen. Und doch gibt es für die Zukunft der Region keine Alternative zu einer integrativen politischen Ordnung, für die es wohl nur jenseits der derzeitigen Kombattanten Garanten gibt.

Beirut

Stefan Leder

POLITIKWISSENSCHAFT

Der diskrete Charme der Monarchie

Thieme, Tom: Monarchien. Auslauf- oder Zukunftsmodelle politischer Ordnung im 21. Jahrhundert?, 200 S., Nomos, Baden-Baden 2017.

Die monarchische Staatsform hat bisher nur selten das Interesse der politikwissenschaftlichen Forschung auf sich gezogen. Königshäuser scheinen eher ein Thema für die Boulevardpresse zu sein und firmieren ansonsten unter der Rubrik „politische Folklore“. Dass das zu kurz gegriffen ist, zeigt Tom Thieme in seiner auch für den politikwissenschaftlichen Laien gut lesbaren, kompakten Abhandlung. Diese weitet das Thema zum einen auf die nicht-demokratischen Regierungssysteme aus, in denen die monarchische Staatsform tatsächlich einen Unterschied bedeuten könne, zum anderen nennt sie Gründe für die erstaunliche Stabilität der Monarchien in den demokratisch verfassten Staaten.

Monarchien lassen sich anhand von drei Merkmalen definieren: Das Staatsoberhaupt wird durch seine Abstammung legitimiert und kommt durch Erbfolge ins Amt, es weist eine historisch-identitäre Beziehung zu seinem Volk auf, und es übt das Amt zumeist auf Lebenszeit aus. Von allen drei Merkmalen kann es auch Abweichungen geben, die aber an der prinzipiellen Gültigkeit der De-

finition nichts ändern. So kommen zum Beispiel Amtsverzicht (Abdankungen) häufiger vor als man denkt, in den Niederlanden und Luxemburg sind sie sogar die Regel.

Das Buch intendiert einen doppelten Vergleich. Zum einen werden die monarchischen Staatsformen in demokratischen und nicht-demokratischen Systemen einander gegenübergestellt, zum anderen werden sie innerhalb der jeweiligen Systemtypen mit den nicht-monarchisch verfassten (republikanischen) Formen verglichen. Die Grundlage dafür bietet eine Typologie, die zusätzlich zu dem Systemtypus (Demokratie oder Autokratie) nach dem Amtsverständnis des Monarchen differenziert: Dessen Herrschaftsanspruch und -reichweite kann absolutistisch sein, mehr oder weniger umfangreiche Mitregierungsbefugnisse umfassen oder auf rein repräsentative Funktionen beschränkt bleiben. Der erstgenannte Fall eines absolutistischen Monarchen kann naturgemäß nur in den autokratischen Systemen vorkommen.

Die empirische Verteilung zeigt, dass Monarchien sowohl unter den demokratischen als auch unter den nicht-demokratischen Systemen deutlich in der Minderheit sind. Von den weltweit 27 Monarchien, die der Autor ausmacht, befinden sich zwölf in der demokratischen und 15 in der nicht-demokratischen Staatenwelt. Von den demokratischen Monarchien entfallen dabei bis auf zwei – Japan und Lesotho – alle auf Europa. Monarchien mit rein-repräsentativen Funktionen oder limitierten Machtbefugnissen sind unter den autokratischen Ländern vor allem in Asien anzutreffen, während die absoluten Monarchien sämtlich auf den arabischen Raum entfallen.

Der Vergleich zwischen den demokratischen und nicht-demokratischen Herrschaftsformen basiert auf der Vermutung, dass die Monarchien durch ihre integrierende Kraft in beiden Fällen „funktionale Äquivalente“ bilden könnten. Ein spezieller Mehrwert gegenüber den nicht-monarchischen Staats-

formen lässt sich empirisch aber nur für die autokratischen Systeme erkennen, wo die Rolle des Monarchen als Vertreter Gottes und Hüter der Religion die Legitimationsbasis des Systems stärkt. Ein Beispiel dafür sind die arabischen Herrschaftshäuser.

Weniger ertragreich sind die Ausführungen zu den demokratischen Monarchien. Dies hat auch damit zu tun, dass der Autor deren historische Genese eher stiefmütterlich behandelt, womit ihm die entscheidende Pointe des Vergleichs in gewisser Weise entgeht. Auf der einen Seite war es gerade der vergleichsweise früh erfolgte Durchbruch zur parlamentarischen Regierungsweise, der im Zuge einer schrittweisen Entmachtung der Monarchie dazu geführt hat, dass diese in Großbritannien, den Benelux-Ländern und in Skandinavien als politisch einflusslose Institution neben der verantwortlichen Regierung weiterbestehen konnte. Auf der anderen Seite haben aber auch die nicht-monarchischen parlamentarischen Systeme an der Institution eines von der Regierung abgetrennten Staatsoberhauptes festgehalten, dessen Erfindung beziehungsweise Neuschaffung durch die Franzosen im Jahre 1875 später allen anderen Republiken als Vorbild diente.

Gerade der Vergleich mit den USA illustriert die Vorteile einer solchermaßen geteilten Exekutive. Denn wenn das Staatsoberhaupt, wie es der derzeitige Präsident Donald Trump nachdrücklich demonstriert, als Regierungschef gleichzeitig Exponent einer bestimmten parteipolitischen Richtung ist, wird er die Rolle eines Integrators, der die Einheit des Landes verkörpert und die Meinungen und Interessen aller Bevölkerungsteile vertritt, nicht glaubhaft einnehmen können. Bleibt die Frage, ob man diese Rolle in den Ländern mit abgetrennten Staatsoberhaupt besser einem Monarchen oder einem gewählten Präsidenten anvertraut. Auch hierzu fallen die Überlegungen Thiemes zu oberflächlich aus. Dass durch den Zufall der Erbfolge eine dem Amt nicht

gewachsene Person an die Spitze rückt, ist das eine. Ein Nachteil der Monarchie könnte aber auch darin liegen, dass dem Staatsoberhaupt die Möglichkeit fehlt, seine Integrations- und Repräsentationsfunktion durch öffentlich wirksame Reden in einem politischen Sinne auszuüben, wie es einem Präsidenten kraft seiner demokratischen Legitimation automatisch zukommt. Dass in großen Ländern wie Kanada und vor allem Australien über die Zukunftsfähigkeit der Monarchie heute lebhaft diskutiert wird, findet in dem Buch keine Erwähnung. Es hätte den Autor möglicherweise bewogen, seine letztlich unentschiedene Antwort auf die im Untertitel gestellte Frage nach „Auslauf- oder Zukunftsmodell“ in Richtung des Auslaufmodells etwas zu verschieben.

Bonn

Frank Decker

Demokratie ohne Liberalismus?

Ober, Josiah: Demopolis . Oder was ist Demokratie? , 320 S., WBG, Darmstadt 2017.

Kann es eine Demokratie jenseits des politischen Liberalismus auch im 21. Jahrhundert geben? Und wenn ja, wie lässt sich eine derartige Demokratie rechtfertigen? Diese beiden Fragen stehen im Zentrum des jüngsten Buches des US-amerikanischen Altertums- und Politikwissenschaftlers Josiah Ober, der hierzulande vor allem durch seine Studien über die attische Demokratie bekannt ist. Das ist ein reizvolles Unternehmen, gerade auch mit Blick auf Menschen, die sich dem politischen Liberalismus nicht anschließen möchten, also etwa jene in stark religiös geprägten Gesellschaften, die doch zugleich durchaus offen für demokratische Institutionen sind. Das bekannteste Beispiel hierfür ist die Republik Iran. Das Unterfangen besitzt aber auch aus einer weiteren, von Ober lediglich im Epilog angesprochenen Perspektive an Relevanz, steigt doch in westlichen Demokratien das Unbe-

hagen am real existierenden Liberalismus. Ist also auch im Westen eine Demokratie ohne Liberalismus vorstellbar?

Um auf diese Fragen eine Antwort geben zu können, ist es erforderlich, analytisch klar zwischen Demokratie und Liberalismus zu trennen. Demokratie ohne Liberalismus bezeichnet Ober als „Kerndemokratie“, worunter er „die legitime Machtausübung eines *demos* – einer Bürgerschaft oder eines ‚Volkes‘“ (S. 8) versteht. Zur Kerndemokratie gehören jedoch keine liberalen Errungenschaften wie Menschenrechte, persönliche Autonomie, Verteilungsgerechtigkeit und religiöse Neutralität (S. 249). Legitim ist ihm zufolge die Kerndemokratie dann, wenn sie sich auch jenen gegenüber rechtfertigen lässt, die ihr nicht aktiv zugestimmt haben (S. 96). Um aufzuzeigen, dass das durchaus möglich ist, versucht Ober sozialwissenschaftliche und philosophische Ansätze zusammenzuführen.

Eine demokratische Verfassung muss Ober zufolge, wenn sie denn legitim sein soll, zunächst im rationalen Eigeninteresse eines jeden liegen. Das bedeutet, die für den Erhalt der Demokratie aufgewendete Zeit muss für mich einen Vorteil erbringen und es muss sichergestellt werden, dass die Kerndemokratie Trittbrettfahrer von ihren Gütern ausschließen kann. Die zentralen Güter der Kerndemokratie sind Sicherheit, Wohlfahrt und politische Teilhabe. Können erstere vielleicht auch von Autokratien hergestellt werden, ist politische Teilhabe für alle Bürger (und Bürgerinnen, wie Ober betont) allein in einer Demokratie realisierbar. Und es ist dieses letzte Gut, welches die eigentliche Beweislast in Obers Verteidigung der Kerndemokratie trägt. Zwar erwähnt er an einigen Stellen die Überlegenheit von Demokratien hinsichtlich der Bereitstellung von Sicherheit und Wohlstand, doch das zentrale Argument für die Legitimität einer demokratischen Ordnung beruht auf Aristoteles' Postulat einer genuin politischen Natur des Menschen